

Törnqvist, Erik

Article — Digitized Version

Die sozial- und wirtschaftspolitische Situation Finnlands

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Törnqvist, Erik (1950) : Die sozial- und wirtschaftspolitische Situation Finnlands, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 4, pp. 40-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131089>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

lung entstehen, von denen bereits 299 bestehen. Die Verschmelzung von Genossenschaften zu Dorfgemeinschaften ist gegenüber der Umwandlung und Neugründung nicht so bedeutend. Diese Entwicklung steht erst am Anfang, und es wird sich zeigen, wie weit eine solche regionale Zusammenfassung die Dorfgemeinschaft fördert.

Das Bild der ländlichen Siedlung hat sich in der Ostzone in vielem gewandelt. Es konnten hier nur

einige Züge dargestellt werden. Eines ist daraus wohl klar geworden: die Bodenreform ist auch für die Dorfgestaltung der bestimmende Faktor, der wesentliche Ansatzpunkte für die neuen Aufgaben enthält. Dazu kommt die wirtschaftliche Neuordnung auf allen Gebieten, die sich etwa in der Gründung der MAS, der Bildung der Dorfgemeinschaften, der Zusammenfassung der Kreditgewährung bei der Deutschen Investitionsbank usw. zeigt.

Die sozial- und wirtschaftspolitische Situation Finnlands

Erik Törnqvist, Helsinki¹⁾

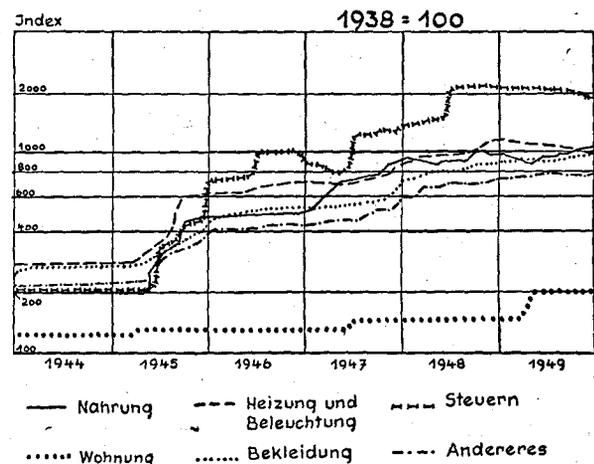
Um die heutige wirtschaftliche Lage Finnlands richtig beurteilen zu können, dürfte es richtig sein, eine kurze Übersicht über die Entwicklung zu geben, die im Lande seit Abschluß des Friedensvertrages im September 1944 stattgefunden hat. Der Friede brachte es mit sich, daß Finnland einen bedeutenden Teil von seinem Landgebiete, ebenso wie von seiner Produktionskapazität der Sowjetunion übergeben mußte. Man berechnet, daß Finnland durch die Landabtretung etwa 13 % seiner Wälder, 32 % seiner genutzten Wasserkraft, 30 % der Fischerei, 10 % der Papierindustrie, 20 % der Zelluloseindustrie usw. verlor, wenn die im Jahre 1938 auf dem abgetretenen Gebiete erstellte Produktion dieser Industriezweige mit dem Gesamtwerte der Produktion des ganzen Landes verglichen wird — mit anderen Worten: die Landabtretung bedeutete für Finnland einen Verlust von 10—13 % seines gesamten Nationalvermögens. Im Friedensvertrag wurde Finnland außerdem verpflichtet, der Sowjetunion als Kriegsentschädigung Erzeugnisse im Wert von 300 Mill. \$ zu liefern.

Der Friedenschluß brachte für Finnland große Ansiedlungsprobleme mit sich, da die Bevölkerung des abgetretenen Gebietes nahezu vollzählig in das Restgebiet übersiedelte. Die Anzahl der Umsiedler belief sich auf ca. 430 000. Von den aus dem Friedensvertrag entstandenen Problemen sind das der Ansiedlung und das des Aufbaues der Wohngebäude und anderer Bauten diejenigen, deren Betreuung und Verwaltung am schwierigsten sind. Einen Begriff von dem Umfang der vordringlichen Bautätigkeit bieten folgende Angaben: In dem heutigen Staatsgebiete sind ausschließlich in Städten und Landstädten etwa 6 000 Gebäude durch Feindeinwirkung beschädigt oder vernichtet worden. Genaue Unterlagen über Schäden auf dem Lande sind nicht vorhanden, abgesehen von Nord-Finnland, wo allein infolge der unmittelbaren Kriegshandlungen insgesamt (unter Einrechnung von 3 kleinen Landstädten) etwa 18 000 Wohn- und andere Gebäude vernichtet wurden. Außerdem ist zu beachten, daß sich die Gebäudeverluste in dem abgetretenen Gebiete allein auf ca. 7 000 Stadtgebäude und ca. 50 000 Wohnhäuser und 100 000 andere Gebäude auf dem Lande belaufen.

¹⁾ Chef der volkswirtschaftlichen Abteilung im Finanzministerium

Unmittelbar nach Abschluß des Friedensvertrages setzte eine inflationistische Tendenz ein. Infolge der im Jahre 1945 durchgeführten allgemeinen Lohnerhöhungen erfolgte eine Steigerung des Preisniveaus von beinahe 100 %. Im Jahre 1946 hatte es den Anschein, als ob sich diese Entwicklung fortsetzen wollte. Dank besonderer Bemühungen gelang es jedoch, einen Vertrag zwischen den Arbeitsmarktorganisationen zustande zu bringen, der bis zum Jahre 1947 eine ziemlich ruhige Entwicklung sicherte. Vorwiegend aus politischen Gründen wurde jedoch am Anfang des Jahres 1947 die Rationierung einiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse aufgehoben, woraus sich

Indexgruppen der Lebenshaltungskosten

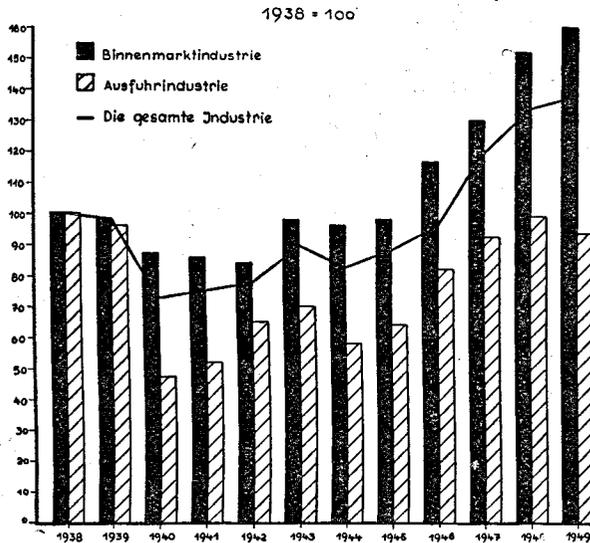


eine neue Lohnsteigerung entwickelte, die erneut ein erhebliches Steigen des Preisniveaus herbeiführte. Gleichzeitig wurden planmäßige Maßnahmen zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion im Lande unternommen, u. a. durch Förderung der Einfuhren von Düngemitteln und von Kraftfutter. Im Maße der Ausfuhrbelegung konnte auch die Einfuhr von Verbrauchsgütern erhöht werden, was die Handhabung der Lohn- und Preispolitik erleichterte.

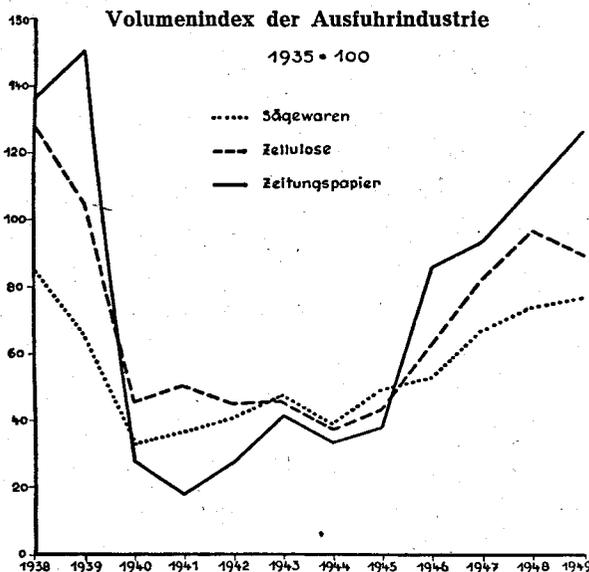
Dank dieser Maßnahmen brachte man es im Jahre 1948 so weit, daß der schwarze Markt, der besonders vor 1947 in großem Maße der Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten gedient hatte, fast gänzlich ver-

schwand. Wie aus dem Diagramm des Lebenshaltungsindex zu ersehen ist, konnte 1948 auch das Preisniveau stabilisiert werden. Der Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion hat es ermöglicht, die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln einzuschränken. Die Abnahme im Einfuhrvolumen dieser Erzeugnisse im Jahre 1949 beruht auf der Einschränkung des Einfuhrbedarfes von Getreide, Speisefett, Fleisch und Eiern.

Volumenindex der Industrieproduktion



Wie aus dem oben Erwähnten hervorgeht, ist die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nach dem Kriege ganz befriedigend gewesen. Nach den Berechnungen des Volkseinkommens erreichte die Gesamtproduktion schon im Jahre 1947 das Niveau des



Jahres 1938, das eine recht gute Konjunktur aufgewiesen hatte. Wenn man beachtet, daß die Bevölkerung seit 1938 um über 5% zugenommen hat und daß während dieser Periode ein Teil des Sozialproduktes als Kriegsschädigung ohne Entgelt ausgeführt wurde, kann man berechnen, daß das zur Verfügung stehende Volkseinkommen auf den Kopf der Bevölke-

rung im Jahre 1948 nur einige Prozent unter dem von 1938 lag. Im Jahre 1949 setzte sich diese Entwicklung fort, und man darf damit rechnen, daß das Volkseinkommen um weitere 5% zugenommen hat.

Es muß dabei allerdings berücksichtigt werden, daß der Fortschritt in den verschiedenen Sozialgruppen sehr unterschiedlich gewesen. Die in Finnland durchgeführte Lohnstabilisierung ebenso wie die Lohnpolitik haben die Einkommensbildung in großem Maße ausgeglichen. Auch das staatliche Besteuerungssystem, das gegenwärtig eines der strengsten in der ganzen Welt sein dürfte, ist sehr progressiv.

Aus den folgenden Tabellen geht hervor, wie sich das Lohnniveau der Industrie- und landwirtschaftlichen Arbeiter erhöht hat. Gleichzeitig sind die Gehälter der Staatsbeamten und geistig Arbeitenden nur um das 5—9fache gestiegen.

Die Indexzahlen für durchschnittliche Stundenlöhne der Industriearbeiter (1939 = 100)

Jahr	Männer	Frauen
1945 4. Viertelj.	505	635
1946 Durchschn.	563	675
1947 Durchschn.	767	894
1948 Durchschn.	1120	1320
1949 2. Viertelj.	1182	1390

Die Indexzahlen für durchschnittliche Stundenlöhne der landwirtschaftlichen Arbeiter (1937—39 = 100)

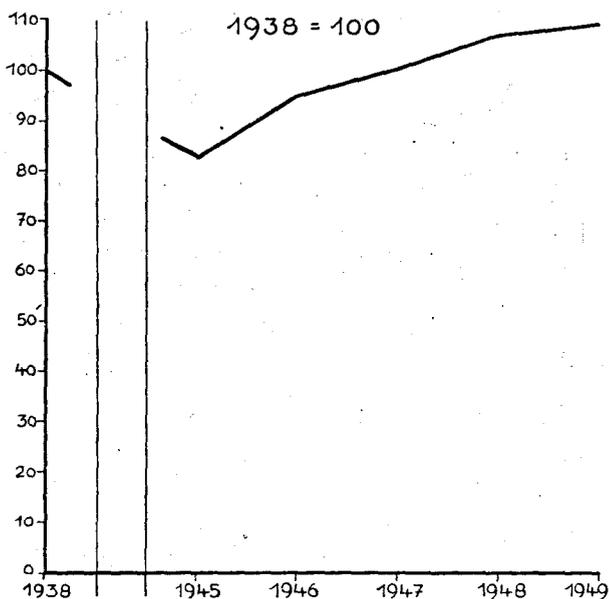
Jahr	Männer	Frauen	Durchschnitt
1945	429	455	438
1946	625	684	644
1947	893	1091	957
1948	1318	1698	1441
1949	1389	1792	1520

Um die dargestellte Entwicklung beurteilen zu können, muß die bedeutende Stellung der Ausfuhr hervorgehoben werden. Etwa 90% der Ausfuhr besteht aus Erzeugnissen der holzwirtschaftlichen Industrie, und in den Jahren 1947—1948 waren die Weltmärkte dieser Erzeugnisse für die Ausfuhrländer recht günstig. Finnlands Ausfuhr stieg vom Tiefpunkt im Jahre 1945 in kurzer Zeit wieder auf. Es versteht sich von selbst, wie entscheidend dieser Umstand für den Wiederaufbau der finnischen Wirtschaft gewesen ist. Und das ganz besonders, da Finnland nicht wie andere Länder Unterstützungen aus dem Ausland erhalten können, und auch die Kredite, die Finnland bekommen hat, sind recht spärlich gewesen. So beliefen sich die von den USA. an Finnland nach dem Kriege bewilligten Kredite am 31. 12. 1949 im ganzen auf etwa 143 Mill. \$, während sich die Nettoschuld an dem erwähnten Tage auf weniger als 100 Mill. \$ stellte. Die Nettosumme der anderen Dollarschulden betrug zum gleichen Zeitpunkte etwa 37 Mill. \$. Auch Schweden hat Finnland Kredite gewährt, deren Nettosumme sich am 31. 12. 1949 auf etwa 188 Mill. sKr. belief.

Diesen Krediten gegenüber stehen die Zahlungen an Kriegsschädigungen, die anfangs auf 300 Mill. \$ festgesetzt waren, die aber durch die im Jahre 1948

gewährte Ermäßigung auf 226,5 Mill. \$ herabgesetzt wurden. Nach heutigen Weltmarktpreisen steigt der Wert dieser Kriegsschädigungen in Wirklichkeit etwa auf das Zweifache. Der restliche Teil der Kriegsschädigungen, der am 19. September 1952 entrichtet werden soll, beläuft sich auf etwa 40 Mill. sogenannter „Kriegsschädigungs-Dollars“. Ungefähr eine Hälfte von diesen Lieferungen besteht aus Erzeugnissen der Metallindustrie und die andere Hälfte aus neuen Fahrzeugen. Um die Kriegsschädigungslieferungen durchführen zu können, war es notwendig, die Maschinenfabriken und die übrige Metallindustrie ziemlich beträchtlich zu erweitern und neue Schiffswerften zu gründen. Die allmähliche Einschränkung und der endliche Abschluß der Kriegsschädigungslieferungen bringen sehr schwierige Übergangsprobleme mit sich.

Reales Nettovolkseinkommen zu Produktionskostenpreis



Im Jahre 1949 war Finnland gezwungen, zweimal seine auswärtigen Valutakurse zu ändern. Das erste Mal geschah es am 4. Juli, wo alle auswärtigen Kurse um 17,7 % heraufgesetzt wurden. Diese Erhöhung war ein unbedingter Erfolg, hervorgegangen aus der Entwicklung der Ausfuhrpreise, die durch die Veränderungen auf den Weltmärkten entstanden war. Die Ausfuhrpreise für Zellulose und Papier fielen im Verlauf des Frühjahrs 1949 um 20—50 %. Die zweite Abwertung wurde im September im Gefolge der Pfundabwertung durchgeführt.

Angesichts der oben erwähnten Preisentwicklung war unsere Ausfuhrindustrie, die auf Holzzeugnisse begründet ist, gezwungen, die Abholzungen in der gegenwärtigen Abtriebsperiode einzuschränken. Daraus folgt, daß die saisonale Arbeitslosigkeit, die in Finnland eine Normalerscheinung ist, in diesem Winter ziemlich angestiegen ist. Während die Zahl der Arbeitslosen beim Jahreswechsel 1948/1949 etwa 25 000 betrug, hatte sie sich 1949/1950 auf ca. 60 000 erhöht. Dieser Umstand hat dem Staatshaushalt ziemlich schwere Belastungen verursacht. Dank planmäßiger

Maßnahmen hat man die Arbeitslosen hauptsächlich mit verschiedenen von dem Staat unterstützten oder selbst angeordneten Notstandsarbeiten beschäftigen können.

Die Währungsabwertungen haben dem Staate Einkommensverluste oder unmittelbare Ausgaben für die Angleichung der Preise der Verbrauchsgüter verursacht. Dennoch hat man eine Preissteigerung im ganzen nicht vermeiden können, und teils aus diesen, teils aus politischen Gründen wurde die Situation hinsichtlich der Löhne am Ende des vergangenen Jahres aufs neue sehr kritisch. Obwohl die Regierung die Stabilisierung des Preis- und Lohnniveaus für einen ihrer wichtigsten Programmpunkte gehalten hatte, war sie infolge der kritischen Situation gezwungen, den Forderungen auf Lohnerhöhungen in einigen Fällen nachzugeben. Man versuchte indes, Erhöhungen nur solchen Arbeitern zu bewilligen, deren Löhne bei der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben waren. Auch die Erhöhung der Gehälter der staatlichen Beamten und Angestellten ist angeregt worden. Sie würde dem Staate zusätzliche Ausgaben von 2 Mrd. Finnmark verursachen. Trotz dieser Lohnerhöhungen könnte man die Stabilität des Geldwertes ziemlich optimistisch beurteilen, wenn nicht einige andere Probleme in naher Zukunft geeignet wären, das Vertrauen in dieser Hinsicht zu erschüttern. Diese Fragen sind auch für die gegenwärtige Regierungskrise maßgebend gewesen.

Wie aus dem beigefügten Diagramm der Lebenshaltungskosten hervorgeht, stehen die Mieten, verglichen mit dem allgemeinen Preisniveau, auf einem sehr niedrigen Niveau. Gemäß dem Gesetze, das Anfang des Jahres in Kraft trat, sollen die Mieten im Verlaufe des Jahres um 60—70 % erhöht werden. Die Durchführung dieser Erhöhung und die den Lohnempfängern möglicherweise zu gewährende Kompensation ist eine der schwierigsten Fragen der nahen Zukunft.

Ein anderes Problem, das wirtschafts- und sozialpolitisch sehr ernst zu beurteilen ist, ist die Lohnpolitik im Rahmen des neuen, am 15. Februar in Kraft getretenen Lohnstabilisierungssystems. An dem genannten Tage wurde die Lohnstabilisierung in ihrer alten Gestalt aufgehoben, und die Lohnvertragsverhandlungen wurden den Arbeitsmarktorganisationen in der Weise überlassen, daß die in Frage stehenden Organisationen ermächtigt wurden, frei über die Löhne miteinander zu verhandeln. Jedoch sollen die an dem erwähnten Tage herrschenden Löhne Minimallöhne bilden, die man ohne besonderen Vertrag nicht herabsetzen darf. Wenn es den Arbeitsmarktorganisationen nicht gelingt, innerhalb von drei Monaten, gerechnet von der Aufstellung der Forderung nach einer Lohnveränderung, eine Übereinkunft zu erzielen, kann der Staat die Löhne festsetzen. Es ist charakteristisch für die jetzige Situation, daß der Zentralverband der finnischen Gewerkschaften (SAK) schon viele seiner untergeordneten Verbände ermächtigt hat, die Arbeitsbedingungsverträge hinsichtlich der Löhne zu kündigen, und weiter, daß der SAK vom Arbeitgeberverband gefordert hat, daß die neuen Arbeitsbedingungsverträge eine Vorschrift enthalten

sollen, wonach die Löhne mit dem Lebenshaltungsindex in derselben Weise verbunden werden, wie in der aufgehobenen Lohnstabilisierungsverordnung festgesetzt war.

Auf dem Erfolg der Preispolitik beruht nicht nur in großem Maße der innenpolitische Friede dieses Jahres, sondern auch der Charakter der Entscheidungen, die in anderen wirtschaftspolitischen Fragen der nächsten Zukunft zu treffen sind. Eine derartige besonders schwierige wirtschaftspolitische Angelegenheit ist die von der Seite der Landwirtschaft aufgestellte Forderung, daß der Staat bestimmte Garantien für die Fortsetzung der Preisstützungspolitik der land-

wirtschaftlichen Erzeugnisse geben soll. Diese Frage ist infolge der erhöhten Produktion und der angelegenen Produktionskosten sehr akut und erfordert eine baldige Entscheidung.

Der Ausgang dieser wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen wird darüber entscheiden, ob man in Finnland mit einer neuen Inflationswelle rechnen muß. Infolge des starken Druckes von seiten der Verwaltung der Arbeitslosigkeit und infolge einiger anderer schwebender Fragen kann man auf Grund der jetzigen Situation nicht darauf bauen, daß eine inflatorische Entwicklung durch finanzpolitische Mittel verhindert werden könnte.

China zweimal gesehen:

Die sowjetisch-chinesischen Wirtschaftsabmachungen

G. Rothenburg, Berlin

Die Verträge zwischen der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik überraschen durch das auffällige Zurückweichen des Kremls auf politisch-territorialem Gebiet, das allerdings schon durch Wyschinskys Entgegnung auf die deutliche Anfrage des amerikanischen Staatssekretärs hinsichtlich der drei nördlichen Gebiete Chinas angekündigt war, und durch den verhältnismäßig großen Umfang der wirtschaftlichen Abmachungen. Denn diese gehen in Wirklichkeit noch weiter, als aus den veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, in denen kaum von der technischen Hilfeleistung gesprochen wird und gar nicht von den organisatorischen Ratgebern der Russen, die heute bereits ausgiebig am Werke sind und für die Regierung in Moskau zur Zeit vielleicht größere Bedeutung haben als der materielle Inhalt der Verträge. Durch sie soll die gesamte Neuorganisation der chinesischen Wirtschaft auf das russische Modell ausgerichtet werden, sie werden dafür sorgen, daß der Boden für die Besonderheiten der sowjetischen Waren bereitet wird, und sie werden zu verhindern wissen, daß ausländische Konkurrenz etwa in unerwünschter Weise Fuß fassen könnte. Ganz zu schweigen von der politischen „Erziehung“, die allerdings schon einmal, 1924 bis 1927 unter Borodin, in China Schiffbruch gelitten hat.

Die Verträge enthalten beachtlicherweise keinen Hinweis darauf, daß China irgendwelche Vorleistungen der Russen abzugelten habe. Dadurch wird die Meinung derjenigen bestärkt, die eine wesentliche russische Hilfeleistung an die chinesischen Kommunisten — mit Ausnahme der Überlassung japanischer Waffen — leugnen. Wäre die Hilfeleistung so groß gewesen, wie es oft unterstellt worden ist, so hätte Mao Tse-tung dem Kreml gegenüber nicht eine so feste Position beziehen können, wie es tatsächlich der Fall war.

Die Sowjetregierung wurde durch den unerwartet schnellen und vollständigen Sieg der chinesischen Kommunisten vor Entscheidungen gestellt, die sie

gern noch hinausgeschoben hätte: Soll sie die Industrialisierung Chinas kräftig unterstützen oder aber versuchen, China in ständiger Abhängigkeit von der eigenen Industrie zu halten und ihre industriellen Pläne dementsprechend einzurichten? Denn die Ausfuhr nennenswerter Mengen an Industriewaren, besonders an Produktionsmitteln, setzt ja eine beträchtliche Umlenkung der Planung voraus. Das Wirtschaftsverhältnis zu China hat nichts gemein mit den Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen Nachbarstaaten der Sowjetunion, wo eine unbedenkliche Ausnutzung des Wirtschaftspotentials möglich ist. Das unabhängige, als gleichberechtigter Partner in den Wirtschaftsbeziehungen auftretende China verlangt sehr bestimmt den Gegenwert für eigene Leistungen zu Weltmarktpreisen und läßt sich russische Lieferungen nur zu Weltmarktpreisen anrechnen. Es scheint, daß man sich dafür entschieden hat, China in der Hauptsache mit Gebrauchsgütern und Verkehrsausrüstungen, und nur zum geringen Teil mit Produktionsmitteln zu beliefern. Darauf deutet auch der verhältnismäßig geringe Betrag des an China gewährten Kredits von 300 Mill. \$, der in fünf Jahresraten, also mit jährlich 60 Mill. \$, zur Verfügung steht. Vergleicht man das mit den Dotationen des Marshall-Planes, so hat man einen guten Maßstab für die sowjetische Weitherzigkeit — oder Leistungsfähigkeit. Es kommt hinzu, daß bestimmt ein großer Teil der russischen Lieferungen, besonders in der Anlaufzeit des Abkommens, aus Rüstungsmaterial bestehen wird, also der chinesischen Wirtschaft gar nicht zugute kommt. Mao Tse-tung muß allerdings seine Streitkräfte mit neuen Formationen und Material ausbauen, um bei der noch immer labilen Lage im Innern und in den Randgebieten (Tibet, Formosa, Hainan, Hong Kong, Macao) auf alle Fälle gerüstet zu sein. Rußland liegt natürlich sehr viel daran, daß eigenes Material die Grundlage hierfür bildet, und wahrscheinlich wird auch zunächst kaum anderes Material für China freigemacht werden können. Außerdem kann Rüstungsmaterial ziemlich